



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/111 - 15. 5. 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 6 888 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu den russischen Abrüstungsvorschlägen	S. 1
Geht Eden im September nach Moskau?	S. 3
Nachwort zum Hamburger Studententag	S. 5
Theo Blank sucht Büros	S. 6

Macht Moskau Ernst?

sp. Die Ankündigung einer wesentlichen Herabsetzung der Präsentstärke ihrer Streitkräfte durch die sowjetische Regierung im kommenden Jahr hat in der ganzen Welt erhebliches Aufsehen erregt. Die Beurteilung dieses Schrittes, der nicht ganz unerwartet kam, schwankt natürlich, wobei dafür sowohl militärische wie politische Gesichtspunkte massgebend sind.

Wenn die Sowjetunion ihre Streitkräfte von insgesamt etwa 4,5 Mill. Mann um 1,2 Mill. herabsetzt, so würde sie zwar ihre Mannschaftsstärke um gut ein Viertel reduzieren, aber immer noch etwa 1,5 bis 1,6 % ihrer Bevölkerung unter Waffen halten. Sie verfügt damit nach wie vor über die grösste Streitmacht der Welt. Vergleichsweise sei erwähnt, dass die USA bei einer Einwohnerzahl von 160 Mill. gegenwärtig 1,8 % ihrer Einwohner unter Waffen halten, was einer Friedensstärke von 2 860 000 gleichkommt.

Will man den Wert der angekündigten russischen Abrüstungsmassnahmen richtig einschätzen, so ist folgendes zu beachten:

Auf dem Gebiete der atomaren Rüstung und besonders auf dem der Fernraketen hat die Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten gleichgezogen. Das bedeutet, dass die geplante Verringerung der Streitkräfte ihren Ausgleich gefunden hat. Was die Herabsetzung bei Marine und

15. 5. 1956

Luftwaffe anbetrifft, so ist folgendes festzuhalten: Seit Kriegsende hat die Sowjetunion keinerlei Kriegsschiffe ausser Dienst gestellt. Wenn man die normale Lebensdauer von Kreuzern, Zerstörern und Minenräumfahrzeugen mit 20, von U-Booten und Schnellbooten mit 15 Jahren veranschlagt, so sind etwa 350 Marinefahrzeuge der Sowjetunion überaltert. Diese Zahl deckt sich in etwa mit den jetzt angekündigten Ausserdienststellungen.

Bei der Herabsetzung der Luftwaffe ist zu bedenken, dass dieser Teil der Streitkräfte in der strategischen Bedeutung weitgehend durch die Entwicklung der Raketenwaffe eingeschränkt wird.

Die für die Ostzone vorgesehene Kräfteverminderung um drei Luftwaffendivisionen und 30 000 Mann Erdtruppen bedeutet, dass die Zahl von 350 000 Mann - aufgliedert in 22 Divisionen - um etwa 10 % gesenkt werden soll. Z. Zt. gibt es in der Zone 10 sowjetische Luftwaffendivisionen, wobei die Kürzung um 3 Divisionen unter Umständen nur die Auflösung der Divisionsstäbe, ohne Herabsetzung der gesamten Flugzeugzahl, bedeuten kann.

Bei einer Gesamtbetrachtung dieses ganzen Vorhabens ist nicht ohne weiteres zu entscheiden, ob damit, selbst bei einer erheblichen Verminderung des Potentials der Erdstreitkräfte, eine effektive Herabsetzung der Kampfstärke verbunden ist, weil heute infolge der Atomstrategie eine allgemeine Umstellung auf kleinere Verbände als notwendig anerkannt wird.

Politisch ist der sowjetische Vorstoss ein neuer Abschnitt in der planvollen psychologischen Offensive Moskaus. Sie ist parallel geschaltet mit einer ganzen Reihe anderer politischer und wirtschaftlicher Aktivitäten, die den Westmächten weitgehend das Gesetz des Handels entzogen haben. Die Russen operieren mit ihrer neuesten Ankündigung im Übrigen praktisch auf der Linie, die der Oberbefehlshaber der NATO, General Gruenther in Bonn öffentlich aufzeigte, als

er davon sprach, die Zeit der Massenheere sei wegen ihrer Verwundbarkeit im Atomzeitalter weitgehend überholt. (Diese Auffassung einer erstklassigen militärischen Autorität kam übrigens dem Verteidigungsminister Blank so ungelegen, dass er den Versuch machte, sie nachträglich aus der schriftlich verbreiteten Rede streichen zu lassen.)

Der russische Vorstoß ist auch zeitlich gut gewählt. Er erfolgt 14 Tage nach dem Ende der erfolglos verlaufenen Londoner Abrüstungsgespräche und 14 Tage bevor die NATO-Mächte den Fragebogen ausgefüllt zurückgeben müssen, der ihre militärischen Verpflichtungen für das nächste Jahr festlegt. Unter diesen Umständen wird es vom sowjetischen Standpunkt aus besonders verständlich, dass Moskau so verfahren ist. Ihre einseitige Erklärung erschien den russischen Politikern offenbar viel wirksamer, als wenn in London am runden Tisch eine entsprechende Vereinbarung über eine globale Abrüstung zustande gekommen wäre. Sie bringt den Westen in die unangenehme Lage, der russischen Aufforderung, ein Gleiches zu tun, zu entsprechen

oder ihr zu widersprechen. Jedes Nein auf diesem Gebiet aber ist, wie Mollet es kürzlich ausgedrückt hat, eine verlorene Schlacht im Kalten Krieg. Das gilt unabhängig davon, wie ernst die Russen es mit ihrem Schritt meinen.

Bei der Beurteilung der russischen Initiative sollte man gleich weit entfernt bleiben von einer negativen Einstellung aus Prinzip und um jeden Preis, wie von kritikloser Zustimmung. Die Russen haben sehr reale Gründe: Sie wollen, von der propagandistischen Wirkung abgesehen, ihren Arbeitsmarkt erleichtern und die ungeheuren finanziellen Lasten der überhöhten Militärausgaben etwas mildern. Ihre Sicherheit wird dadurch natürlich nicht beeinträchtigt, weil sie inzwischen in den wirklich entscheidenden Waffengattungen die Westmächte eingeholt haben.

Die Abrüstung im Weltmaßstab kommt nun in ein ernstes Stadium. Auch die Bundesregierung wird sich dieser Entwicklung nicht entziehen können, so sehr ihre Äusserungen und Massnahmen auch noch dieser Entwicklung zuwiderlaufen. Sie sperrt sich vergeblich gegen eine Zwangsläufigkeit, statt rechtzeitig alles zu unternehmen, um mit dieser Strömung im Rücken auch der Frage der deutschen Wiedervereinigung neuen Auftrieb zu geben.

Diplomatische Hintergründe der "Crabb-Affaire"

E. A. London

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird Premierminister Eden seinen Gegenbesuch in Moskau im kommenden September abstaten. September hat unleugbare Vorteile für den britischen Premier. Er hat dank die Commonwealth-Premierminister, die im Juni in London zusammentreffen werden, gesehen und ihre Ansichten über die britisch-sowjetischen Beziehungen gehört. Im Oktober ist dann die Jahreskonferenz der konservativen Partei. Es würde ein grosser persönlicher Triumph für Eden sein, wenn er dort über die Ergebnisse seines Besuches berichten könnte, vor allem, falls es ihm gelingen sollte, ein britisch-sowjetisches Übereinkommen über den Mittelosten herbeizuführen.

Allerdings werden die guten Wetteraussichten für den britischen Premierminister durch einige dunkle Wolken getrübt. Da ist die unangenehme und undurchsichtige Affaire "Kapitän Crabb", bei der die russische Propaganda ein Doppelspiel zu treiben scheint. Vor dem Unterhaus liess Eden ein hohes Risiko übernehmen, alle ministerielle Verantwortung geleugnet und erklärt, dass die Spionagetätigkeit des Kapitän Crabb angemessene disziplinarische Folgen haben werde. Alle weiteren Anfragen der Abgeordneten liess er mit dem Hinweis ab, dass er sie im Interesse der Sicherheit des Landes nicht beantworten werde. Dabei verschwieg Eden bewusst, dass Moskau inzwischen gegen die Spionagetätigkeit Crabb's in Portsmouth protestiert hatte. Er verschwieg, dass seine Regierung sich inzwischen bei den Russen entschuldigt hatte. Er tat das wahrscheinlich in der Annahme, dass Moskau, interessiert an seinem Gegenbesuch, die Affaire diskret behandeln und den Notenwechsel nicht veröffentlichen würde. Das war augenscheinlich eine zu optimistische Einschätzung des Taktgefühls der Herren Chruschtschow und Bulganin.

Aber die Sache ist noch komplizierter und belastender. Denn zwischen dem, was Sir Anthony dem britischen Parlament erklärte, und was in der Entschuldigungsnote an Moskau steht, besteht eine deutliche Diskrepanz. In der Note wird von einer "völlig unautorisierten Aktion" des Kapitän Crabb gesprochen, in der Unterhauserklärung kündete Eden disziplinarische Massnahmen gegen die "verantwortliche Stelle" an. Es kann sich jedoch bei der Aktion Crabb auch gar nicht um eine so sehr untergeordnete Stelle gehandelt haben. Denn das Kommuniqué, das den Tod - 4 -

des Kapitäns verkündete, wurde von der Admiralität ausgegeben. Zum mindesten Lord Ciloennin, der First Lord of the Admiralty, muss von der Affaire gewusst haben, ehe die Russen protestierten. Irgend jemand hoch im Marineministerium muss von der beabsichtigten Spionageaktion gewusst haben, ehe sie unternommen wurde.

Im Dschungel der Geheimdienste

Nun ist es immer eine sehr unangenehme Sache, wenn die Aktivitäten der Geheimdienste auf irgendeine Weise bekannt werden. Die Geheimdienste aller Nationen haben zumindest eines gemeinsam, dass ihre Handlungen nämlich dem eigenen Volke geheimegehalten und als ein Pflänzchen Rührmichnichten präsentiert werden. Selbst das britische Parlament, das die Respektierung seiner Rechte so eifersüchtig überwacht, behandelt die Angelegenheit des M.I.5. mit Samthandschuhen. Für die Taten - und Untaten - der M.I.5., die doch, wie der Name Military Intelligence sagt, eine militärische Organisation ist, sind nicht die Wehrmachtministerien, sondern nur der Premierminister zuständig. Wenn Kapitän Crabb unversehrt von seiner Taucherei unter dem Kreuzer Ordshonikiдзе zurückgekehrt wäre und darüber berichtet hätte, dürften nur die Herren der Admiralität etwas darüber erfahren haben. So aber wurde der Kapitän im Ruhestande und gelegentliche Froschtaucher von den russischen Wachen beobachtet, ehe er für immer im Wasser verschwand. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass der Premierminister zuerst aus dem Munde seiner Besucher von den missglückten Tauchversuchen unter dem sowjetischen Geschwader gehört hat. Das würde schon unangenehm genug gewesen sein, obwohl anzunehmen ist, dass die sowjetischen Herren aus Kenntnis der eigenen Praktiken das ganze als einen üblen Scherz hinwegzulachen bereit gewesen sein mögen.

Warum aber haben dann die Sowjets in dem für Eden unangenehmsten Zeitpunkt den Notenwechsel veröffentlicht? Das erscheint zur Zeit völlig rätselhaft. Zunächst hatten sie für die während des Besuches angeklungenen Missakkorde die "rechten Labourführer" und einige "reaktionäre Kreise" verantwortlich gemacht. Auch die Crabb-Affaire wurde unverantwortlichen Reaktionären, die das neue britisch-russische Freundschaftsverhältnis stören möchten, in die Schuhe geschoben. Sollte die Veröffentlichung des Notenwechsels ein Wink an den britischen Premierminister sein, dass auch seine Stellung und seine Politik ihn nicht davor schützen werden, unter das sowjetische Feuer zu kommen, falls gewisse Erwartungen nicht erfüllt werden?

Unerlässliche Hochschulreform

I.R. Wer bei uns in der Bundesrepublik Reformen zu verwirklichen sucht, kommt leicht in den Geruch eines gefährlichen Störenfriedes. Die zweifelhafte Übung, solchen Leuten nicht allzuviel Publizität zu geben, mag eine der Ursachen für das recht sparsame Echo sein, das der vierte deutsche Studententag in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Dieser Tatbestand muss bedauert werden, weil er ein weiterer Beweis für die Tatsache ist, dass die Probleme der Hochschulen in der Bundesrepublik - im Gegensatz zu anderen Ländern - von geringem Interesse für die Öffentlichkeit sind. Er muss aber umso mehr bedauert werden, als auf dem Studententag in Hamburg immerhin Bemerkenswertes geschehen ist.

Während sich bisher die Studenten bei den alle zwei Jahre stattfindenden Studententagen auf das Bekenntnis ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft beschränkt haben, ist es ihnen in Hamburg gelungen, eine recht schonungslose Auseinandersetzung um die Stellung und Aufgaben von Studenten und Hochschulen in der Gesellschaft vor der breiten Öffentlichkeit zu erzwingen.

Vorsichtige und harte Feststellungen

Wie wenig dies der Hochschule selbst im Augenblick in das Konzept passt, machten die drei Begrüßungsreden am Eröffnungstag deutlich. Prof. Kolb, Präsident der Rektorenkonferenz, Prof. Werke, Hamburgs Schulsenator, und Kultusminister Osterloh aus Schleswig-Holstein, gingen mit erhobener Zeigefinger vorsorglich in die Defensive. Sie warnten die Studenten davor, zu einer Interessentengruppe zu werden, nach Sicherheit zu streben und beschworen sie, die "Substanz der Universität" nicht zu beeinträchtigen. Zwar müsse die Hochschule mit der Gesellschaft verflochten sein, aber diese Verflechtung dürfe nicht zur "Auflösung des Stils des akademischen Lebens" führen.

Die zweitausend dort versammelten Studenten applaudierten höflich, aber ungerührt. In Bewegung gerieten sie erst bei den Hauptreferaten, die von Prof. Paulsen, Rektor der Freien Universität Berlin, Direktor Blessing als Vertreter der Wirtschaft, Willi Haferkamp, vom DGB-Landesbezirk NRW, und Senator a.D. Heinrich Landahl gehalten wurden. Sie gerieten nicht nur in Bewegung, sondern sie machten keinen Hehl daraus, dass mit den erstaunlichen und oft recht harten Feststellungen der Referenten ihre, der Studentenschaft, Meinung endlich einmal ausgesprochen würde. Dabei fanden Heinrich Landahl und Willi Haferkamp, die am wenigsten rücksichtsvoll mit den Hochschulen in's Gericht gingen, die weitestgehende Zustimmung.

Reparaturprogramm statt Reformbewegung

Das auf diese Weise gezeichnete Bild der deutschen Hochschulen ist jedenfalls ausserordentlich aufschlussreich und verdient stärkste Beachtung. Die nach dem Zusammenbruch so mächtig einsetzende Reformbewegung an den Hochschulen ist zu einem völlig unzulänglichen Reparaturprogramm verkümmert - eine Erscheinung, die durchaus ihre Parallele in der gesamten innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik hat. Die Hochschule ist nach all der politischen Beunruhigung wieder auf dem Rückzug in den "elferbeinernen Turm der Wissenschaft", sie will - 6 -

nicht wahrhaben, dass in der Gesellschaft durchgreifende Veränderungen vor sich gegangen sind, die nicht ohne Folgen für den akademischen Raum bleiben können. Sie hat bis heute nicht begriffen, dass die industrielle Revolution, in deren zweitem Abschnitt wir heute stehen, keine Naturschutzgebiete der wissenschaftlichen Beschaulichkeit bestehen lassen kann.

Unausgeschöpfte Begabterreserven

Die Hochschule hat auch immer noch keine Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, dass der freie Zugang aller Begabten zum Studium nur eine Fiktion ist. Mit Recht wurde ernst und nachdrücklich darauf hingewiesen, dass der Prozentsatz von 4,8 % Arbeiterkindern an den Universitäten eine unverständliche Vernachlässigung wesentlicher Begabterreserven darstellt und der Vorwurf, das Studium bedeute ein Bildungsmonopol für die Begüterten, wenigstens heute noch seine Berechtigung hat. Mit gutem Grund wurde das chaotische Förderungswesen an den Hochschulen als eine der wesentlichen Ursachen für diesen Sachverhalt bezeichnet. Am eindringlichsten aber wurde die Frage gestellt, ob die Hochschulen der Bundesrepublik mit ihren vielen Unzulänglichkeiten sich für den Tag der Wiedervereinigung gerüstet fühlen könnten. Die vergleichende Schilderung der "Hochschulreform" in der SBZ hat alle Studententagsteilnehmer sehr nachdenklich gestimmt und Heinrich Landahl fand lebhafteste Zustimmung als er sagte: "Niemand mehr als wir in der Bundesrepublik sind darauf angewiesen, Folgerungen aus der Hochschulsituation in der SBZ zu ziehen!"

Wie sehr die Studentenschaft die Richtigkeit dieser Analyse anerkennt, wie stark sie beunruhigt ist und wie brennend ihr Wunsch zur Neuordnung ist, hat der Hamburger Studententag mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt. Sie will an einer Hochschule bauen, die ihren Platz und ihren Dienst in der Gesellschaft hat, sie will das Bildungsmonopol für die Begüterten brechen und den Arbeiterkindern den demütigenden Weg der Bedürftigkeitsprüfung ersparen, sie will kein Werkstudententum, das die Soziallasten von morgen bedeutet, sondern solide wissenschaftliche Ausbildung und sie will für den Tag der Wiedervereinigung ein überlegenes freiheitliches Hochschulsystem schaffen.

Man sollte die Studenten um unser aller Willen, um der Gesellschaft willen, jetzt nicht allein lassen.

* * *

Geld spielt keine Rolle

Blank sucht in Bonn fieberhaft nach Büroraum. Der Verwaltungsapparat der auf uns zukommenden Aufrüstung bläht sich auf wie ein Ballon. Mit kleinen Büros gibt sich das Verteidigungsministerium nicht ab, insgesamt sollen es 30 000 Quadratmeter sein. Seine Beauftragten suchen gleich nach fix und fertigen Bürohäusern, sofort beziehbar.

Die Angebote sind Fabelhaft. Einigen glücklichen Kausbesitzern blieb einfach die Spucke weg. So wurde einem der Heingesuchten für ein Objekt, das mit etwa 150 000 Mark zu Buch steht, glatte 250 000 Mark

SPD-Pressedienst

P/XI/111

- 7 -

15.5.1956

geboten. Auf die Frage nach der Ursache dieses generösen Angebots wurde gesagt, dass sich der Preis ungefähr nach dem Quadratmeterpreis, den die Stadt in gleicher Lage fordere, leicht errechnen lasse. Man weiss bei Blank mehr als anderswo. So z.B., dass die Stadt heute in der Linie Brücke - Maargasse für den Quadratmeter zwischen 400 und 500 Mark fordert. Boshaft fügte man hinzu, dass die Stadt für dieselben Grundstücke nur 60 Mark bezahlt hat. Für ein etwa gleich grosses Grundstück, auf das der Beauftragte Blanks so scharf war, hat die Stadt einschliesslich aller Entschädigungen einem Geschäftsmann 150 000 Mark bezahlt.

Hätte die Stadt jetzt die ihr gehörigen Grundstücke schon mit Bürohäusern bebaut, würde sie Millionen verdienen können. Max hat eben noch viel zu langsam geschaltet. Wenn anderswo schon von leichter Überhitzung der Konjunktur gesprochen wird, in Bonn wird sie, befeuert von der "Markbeschickung" durch Blank, zum Weißglücken kommen. Man wird Purzelbäume der Wonne schlagen, ob des ganz gross geschriebenen Wortes: "Verdienen".

V.A.

(Erschienen in der Bonner Ausgabe der "Neuen Rhein-Zeitung")

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau